

«Die neue Opferkultur versteht den Menschen als zutiefst fragil»

Im Interview spricht der Wissenssoziologe Nicolas Langlitz über die Wokeness-Kultur, die blinden Flecken der Diversitätsprogramme von amerikanischen Universitäten und die um sich greifende Moralisation aller Lebensbereiche. Die Freiheit der Wissenschaft sieht er bedroht.

David Signer, NZZ vom 14.03.2023

Seit ein paar Jahren erfasst eine gesellschaftliche Veränderung immer mehr Lebensbereiche. Stichworte sind Wokeness, Cancel-Culture, kulturelle Aneignung, #MeToo, LGBTQ, Gender und Diversität. Die Themen hängen zusammen, aber es ist nicht leicht festzustellen, wie genau. Unzählige Artikel widmen sich diesen polarisierenden Phänomenen, aber wenig kühle Analysen, die sie in einen grösseren Kontext einordnen. Einer, der sich auf wissenschaftliche Weise mit diesen Trends beschäftigt, ist Nicolas Langlitz von der New School for Social Research in New York.

Die zentrale Entwicklung ist für den 47-jährigen Wissenssoziologen die Auffassung der Moral, die sich gerade massiv verändere. Er spricht von einer Opferkultur, die immer mehr dominiere. Um diesen Wandel zu verstehen, müsse man ein wenig ausholen. «Die Moderne ging einher mit dem Übergang von einer Ehrkultur zu einer Würdekultur», erklärt Langlitz. In einer Gesellschaft, in der «Ehre» und «Schande» zentral sind, muss man sich wehren, wenn man beleidigt wird, sonst verliert man sein Ansehen.

In der modernen «Würdekultur» hingegen wird die eigene Würde als innerer, relativ robuster Wert betrachtet, der nicht so rasch infrage gestellt werden kann. Notfalls erstattet man Anzeige. Was jedoch gegenwärtig passiere, sei eine Wiederkehr der Ehrkultur in modernem Gewand, sagt der Wissenschaftler.

Was ist denn der Kern dieser neuen Opferkultur, Herr Langlitz?

Die Opferkultur versteht den Menschen als zutiefst fragil. Worte können verletzen – nicht, weil sie den sozialen Status herabsetzen, sondern weil sie Traumata erzeugen. Deshalb darf man, wie in der Ehrkultur, nichts, was verletzend sein könnte, auf sich beruhen lassen. Das ist kurz gesagt die These des wahrscheinlich wichtigsten Buches zu diesem Thema: «The Rise of Victimhood Culture» von Bradley Campbell und Jason Manning.

Diese Vorstellungen von Ehre, die uns etwas archaisch vorkommen, erlebten ausgerechnet an amerikanischen Eliteuniversitäten ein Comeback und haben sich von dort aus verbreitet. Aber was ist an die Stelle der Duelle und Ehrenmorde getreten?

Statt sich zu prügeln, appelliert man an Dritte, die den Täter bestrafen. Die Gerichte helfen allerdings oft nicht, weil viele Überschreitungen subtil sind. Stattdessen trommelt man in den sozialen Netzwerken einen Mob zusammen oder wendet sich an eine der vielen Instanzen an amerikanischen Universitäten, bei denen man Mitstudenten oder Professoren anzeigen kann, wenn man sich diskriminiert fühlt. Während es in der Ehrkultur einen Gesichtsverlust bedeutet, als Opfer zu erscheinen, kann das in der Opferkultur den sozialen Status erhöhen; man kann daraus Ansprüche ableiten, die Gehör finden.

Kann man diesen Trend in politische Kategorien von links und rechts einordnen?

Er existiert sowohl bei der identitätspolitischen Linken wie bei der populistischen Rechten. Auch wenn Donald Trump eher Produkt einer Ehrkultur zu sein scheint und gerne zurückschlägt, stilisiert er sich ständig zum Opfer hoch, und seine Anhänger können sich bestens mit seinem Opferstatus identifizieren. Gegenwärtig bereiten die Republikaner eine parlamentarische Untersuchungskommission vor, die die staatliche Unterdrückung Konservativer aufklären soll. An den Universitäten stehen sich dagegen nicht Progressive und Konservative gegenüber. Konservative Professoren gibt es kaum, vor allem nicht in den Geistes- und Sozialwissenschaften. Es geht eher um eine moralisierte Opferdiskussion, die auch die Wissenschaften ergreift.

Können Sie ein Beispiel geben?

Im August 2022 erklärten die Herausgeber der Zeitschrift «Nature Human Behaviour», bei der Begutachtung eingereicherter Manuskripte werde deren Inhalt ab sofort auch moralisch beurteilt. Man bindet Ethiker in den Prozess ein, die wissenschaftliche Arbeiten auf rassistische, sexistische und LGBTQ-feindliche Implikationen abklopfen. Es werden keine Studien mehr veröffentlicht, die bestimmte Gruppen stigmatisieren oder die zu politisch ungewollten Zwecken genutzt werden könnten. Autoren, die selbst nicht der untersuchten Gruppe angehören, sollen ihre eigene privilegierte Perspektive reflektieren. Dem liegt die Annahme zugrunde, dass Fachpublikationen so grossen Schaden anrichten können, dass der Schutz möglicher Opfer mehr zählt als die Wissenschaftsfreiheit. Im Extremfall wird die moralische Kategorie «gut/schlecht» wichtiger als die wissenschaftliche «wahr/falsch».

Auch die Hautfarbe und das Geschlecht rücken in den Vordergrund.

Das sich wandelnde Menschenbild leistet der Moralisierung der Wissenschaft Vorschub. Dieses Menschenbild ist nicht universalistisch, sondern sortiert Menschen nach ihren Identitäten. Deshalb zählt nicht nur, was gesagt wird, sondern auch, wer was über wen sagt.

Wann begann Diversity eine so wichtige Rolle zu spielen?

Der Begriff geht auf eine Entscheidung des Supreme Court von 1978 zurück. Es ging um die Frage, ob die Universität von Kalifornien das Recht hatte, Studienplätze für Angehörige bestimmter Bevölkerungsgruppen zu reservieren und zu deren Gunsten besser qualifizierte weisse Bewerber abzulehnen. Der Universität wurde verboten, Quoten zugunsten der Opfer rassistischer Diskriminierung einzurichten, aber erlaubt, die Diversität ihrer Studentenschaft durch die Aufnahme einzelner, fachlich weniger qualifizierter Bewerber zu steigern, wenn dadurch die Perspektivenvielfalt zum Nutzen aller Studierenden erhöht würde. In den achtziger Jahren wurde Educational Diversity zum Leitwert. Als das Urteil 2003 auf den Prüfstand gestellt wurde, setzten sich Unternehmen und das Militär dafür ein. Denn das Konzept war inzwischen auch in der Wirtschaft üblich: Bringt man Leute zusammen, die ein Problem aus unterschiedlichen Perspektiven betrachten, findet man kreativere Lösungen und entwickelt Produkte, die eine breitere Zielgruppe erreichen.

Ist die Bevorzugung der einen die Benachteiligung der anderen?

Beim Verteilungskampf um eine endliche Ressource wie Studienplätze an Elitehochschulen gibt es keine Inklusion ohne Exklusion. Die Bevorzugung afroamerikanischer und hispanischer Bewerber führt etwa zur Benachteiligung Asiatischstämmiger, die im Schnitt die besten Prüfungsergebnisse vorweisen können. Es wird erwartet, dass der Oberste Gerichtshof das Urteil zur Educational Diversity dieses Jahr revidiert. Dann würde die Anzahl afroamerikanischer und hispanischer Studierender an diesen Universitäten sinken.

Werden unter dem Deckmantel der Diversität auch Perspektiven ausgeblendet?

Ursprünglich stammt die Idee, vielfältige und widerstreitende Perspektiven einzubeziehen, aus der politischen Philosophie des Liberalismus. Das war auch die Logik der gerichtlich verordneten Educational Diversity. Aber warum werden vor allem die Perspektiven von Menschen verschiedener Hautfarben und Geschlechter als wichtig erachtet? Würde es beispielsweise die Perspektivenvielfalt in der Evolutionsbiologie nicht mehr erhöhen, wenn man statt eines hispanischen Darwinisten einen evangelikalen Kreationisten berufen würde? Ist es nicht ein Problem, dass sich unter den Professoren für Wirtschaftswissenschaften keine Superreichen befinden? Sollten die linksliberal dominierten Sozialwissenschaften nicht auch politisch breiter werden? Würde es dann genügen, gemässigte Konservative einzustellen, oder müsste man auch Neonazis und Jihadisten berufen? Das Prinzip der Diversität kann sich nicht selbst begrenzen; es sagt einem nicht, wer ein- oder auszuschliessen ist.

Gemeinhin bevorzugen die Vertreter dieses Prinzips die Perspektive «von unten».

Die Wissenschaftsphilosophin Sandra Harding hat in ihrem Buch «Objectivity and Diversity» argumentiert, es sei der Blick von unten, der es erlaube, mehr zu sehen. Die Superreichen etwa könnten sich ohnehin Gehör verschaffen. Und da die gesamte amerikanische Kultur weiss dominiert sei, bedürfe es keiner rechten Sozialwissenschaftler, um die Perspektive der Trump-Wähler in die akademische Diskussion einzubringen. Opfer rassistischer und sexistischer Unterdrückung hingegen sehen die Welt angeblich nicht nur anders, sondern objektiver. Sie werden sowohl in ihrem moralischen wie auch in ihrem erkenntnistheoretischen Status aufgewertet. Diese Standpoint Epistemology entstand in den späten siebziger Jahren aus den Frauen- und Bürgerrechtsbewegungen und galt als radikale Form des Postmodernismus. Mittlerweile orientieren sich viele Universitätsverwaltungen und wissenschaftliche Fördereinrichtungen daran. Das gibt den in die Krise geratenen Geisteswissenschaften neues moralisches Gewicht. Typisch ist auch die Sensibilität für Mikroaggressionen und ihre Ahndung. Jeder ist traumatisiert oder gar ein «Überlebender».

Vor fünfzehn Jahren machte der chinesisch-amerikanische Psychologe Derald Wing Sue auf die Bedeutung solcher subtiler Herabsetzungen im Alltag dunkelhäutiger Menschen aufmerksam. Im Visier standen dabei nicht weisse Konservative, die sich laut Sue ihrer Abneigung gegen Minderheiten häufig bewusst sind, sondern Progressive, die sich der Gleichheit verpflichtet fühlen, aber unbewusst Ressentiments hegen. Diese treten in mehrdeutigen Äusserungen zutage, etwa wenn asiatischstämmige Amerikaner implizit ausgegrenzt werden, indem man ihr Englisch lobt. Gerade die Ambiguität solcher Aussagen schädige die Betroffenen, heisst es. Diese seien sich nie sicher, ob sich hinter solchen scheinbar harmlosen Sätzen verdeckte Herabsetzungen verbergen würden. Mikroaggressionen lassen sich nicht objektivieren. Sue erklärte sie deshalb kurzerhand zur Erfahrungsrealität: Fühlt sich der Angesprochene als Opfer einer Mikroaggression, dann hat der Sprecher eine verübt.

Das Opfer hat immer recht?

Kritiker monieren, dass die Wahrnehmung einer Mikroaggression mehr über das «Opfer» als den «Täter» aussagen kann. Aber laut Sue ist nur die Interpretation des Opfers massgeblich. Subjektivität sticht Objektivität. Viele amerikanische Hochschulen haben sich aus politischen Gründen Sues Camp angeschlossen und Microaggression Policies erlassen, die Studierende dafür sensibilisieren, Mikroaggressionen zu erkennen und zu ahnden. Das produziert Rückkoppelungseffekte: Studierende lernen, wachsamer zu werden und ihr

Umfeld ständig auf Mikroaggressionen zu überprüfen. Der Gesundheitsdienst meiner Universität nennt als Beispiele für solch inakzeptables Verhalten Kurse, in denen primär weiße Autoren gelesen werden, zu schmale Stühle, auf denen beleibtere Menschen nicht bequem sitzen können, Studierende, die andere nicht nach ihren Geschlechtspronomen fragen, Professoren, deren Identität nicht das Identitätsspektrum der Studierenden abbildet. Mit dem Konzept der Mikroaggression sollen die Hochschulen umgestaltet werden.

Welche Rolle spielt die Generation, die jetzt studiert und die man spöttisch Schneeflockchen-Generation nennt?

Es wird viel über die geistige Gesundheit der Studierenden diskutiert. Viele kommen mit psychiatrischen Diagnosen, die sie schon im Bewerbungsschreiben auflisten. Das scheint mir bezeichnend für den Kulturwandel. In einer Bewerbung stellt man all jene Eigenschaften und Erfahrungen in den Vordergrund, von denen man glaubt, dass sie die Erfolgschancen erhöhen – und an der Härte des Konkurrenzkampfes hat sich nichts geändert. Er wird nur mit anderen Mitteln geführt. Ich höre Studierende manchmal ihre Sensibilität in Diskussionen damit begründen, dass sie «Traumata haben». Seit zwanzig Jahren wird dieser Begriff ausgeweitet. Aber es muss sich auch etwas jenseits der diskursiven Ebene ereignet haben. Der Psychologe Jonathan Haidt hat die These aufgestellt, dass die Generation Z die erste sei, die schon mit sozialen Netzwerken aufgewachsen sei und von klein auf unter dem Druck gelitten habe, dort um Anerkennung kämpfen zu müssen.

Haidt ist der Gründer der Heterodox Academy, einer Gegenbewegung zur Woke-Kultur.

Sein diesbezügliches Engagement begann 2011, als er bemängelte, dass die Vertreter der Politischen Psychologie vor allem Linksliberale waren. Er sprach von einem «liberal bias» und forderte die vermehrte Berücksichtigung von Konservativen – nicht aus Gründen sozialer Gerechtigkeit, sondern weil er in der Perspektivenvielfalt eine Vorbedingung guter Wissenschaft sah. Sein Einsatz für mehr politische Diversität an Hochschulen bricht allerdings mit dem Ideal der Wertfreiheit: Um von so einem Affirmative-Action-Programm zu profitieren, müssten Wissenschaftler sich als dezidiert konservativ profilieren. Viele Gegenbewegungen zur Wokeness teilen deren identitäre Orientierung. Es ist ein Fehler, die Wissenschaft immer enger an politische und moralische Bewegungen zu koppeln.

Zur Person

Nicolas Langlitz, Associate Professor für Anthropologie an der New School for Social Research in New York

Langlitz wurde 1975 in Köln geboren und studierte in Berlin, Paris und Berkeley. Ethnografisch und historisch erforscht er Wissenskulturen, etwa der Primatologie oder der Psychopharmakologie. Zurzeit arbeitet er an einem Buch über die Renaissance der Psychedelika-Forschung. Als teilnehmender Beobachter verfolgt er, wie die Wertschätzung von Diversität die Wissenskultur amerikanischer Universitäten verändert.